

Landkreis Ravensburg

den 18. Jan. 2018

Niederschrift

über die Sitzung des Kreistages
am 19.12.2017 in der Mehrzweckhalle Waldburg, Amtzeller Straße 20, Waldburg

Dauer 14:30 Uhr bis 20:00 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 72 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers,

Erste Landesbeamtin

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

CDU

Herr Eugen Abler,

Herr Elmar Buemann,

Herr Roland Bürkle,

Herr Rolf Engler,

Herr Josef Forderer,

Frau Josefine Haberkorn,

Herr Rudolf Hämmerle,

Herr Wilhelm Heine,

Herr Hans-Jörg Henle,

Herr Dr. Ulrich Höflacher,

Herr Karl Immler,

«sitext» vom «sidat»

Herr Thomas Kellenberger,
Herr Wolfgang Kleiner,
Herr Hans-Jörg Leonhardt,
Herr Clemens Moll,
Herr Peter Müller,
Herr Axel Müller, MdB,
Herr Christian Natterer,
Herr Alois Peter,
Herr Dr. Daniel Rapp,
Herr Volker Restle,
Frau Dr. Silke Rieser,
Herr Daniel Steiner,
Herr Robert Stütze,
Herr Roland Weinschenk,
Herr Waldemar Westermayer,
Herr Josef Wurm,

FWV

Herr Karl-Heinz Buschle,
Herr Markus Ewald,
Herr Matthias Grad,
Herr Roland Haug,
Herr Hans Peter Künst,
Herr Michael Lang,
Herr Holger Lehr,
Herr Rainer Magenreuter,
Herr Dr. Hermann Schad,
Herr Roland Schmidinger,
Herr Bernhard Schultes,
Herr Peter Smigoc,
Herr Oliver Spieß,
Frau Christa Stierle,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Dr. Margret Brehm,
Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf,
Frau Judith Gebhardt,
Herr Gereon Güldenbergl,
Frau Ursula Hilpert,

Frau Liv Pfluger,
Herr Bruno Sing,
Herr Siegfried Spangenberg,
Herr Heinz Strubel,
Herr Roland Zintl,

SPD

Herr Rudolf Bindig,
Herr Peter Clément,
Herr Gerhard Lang,
Frau Gisela Müller,
Herr Jürgen Rölli,

ÖDP

Herr Julian Aicher,
Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing,
Herr Max Scharpf,
Herr Siegfried Scharpf,
Herr Dr. Wolfgang Schmidt,

FDP

Herr Daniel Gallasch, M. A.

Die Linke

Herr Dr. Till Bastian,
Herr Wolfgang Nippe,

Protokollführer

Frau Selina Nußbaumer,

von der Verwaltung

Verwaltungsvorstand

Herr Joachim Simon,

Dezernent Allgemeine Verwaltung, Kultur und
Bürgerservice

Herr Franz Baur,

Dezernent Finanzen, Schulen und Infrastruk-
tur

Frau Diana E. Raedler,

Dezernentin Arbeit und Soziales

Herr Walter Sieger,

Dezernent Kreisentwicklung, Wirtschaft und
ländlichen Raum

Herr Gerd Hägele,

Dezernent Recht, Ordnung und Landwirt-
schaft

Gäste

Herr Peter Greiner,

Schulleiter Edith-Stein-Schule Ravensburg,
zu TOP 3.1

Herr Dieter Renner,

Regierungspräsidium Tübingen, zu TOP 3.1

Abwesend:

CDU

Herr Dieter Krattenmacher,

Herr August Schuler, MdL,

Herr Robert Schweizer,

FWV

Herr Jochen Fischinger,

Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Dr. Ulrich Walz,

SPD

Herr Anton Frei,

Herr Rainer Marquart,

FDP

Herr Prof. Dr. Bernd Steidle,

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Angelegenheiten der Finanzverwaltung

3. 0115/2017
Kreishaushalt und Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Immobilien, Krankenhäuser, Pflegeschule für das Jahr 2018

Angelegenheiten des Amtes für Kreisschulen

- 3.1 0175/2017
Regionale Schulentwicklung - Neuordnung des Ausbildungsangebotes an den beruflichen Schulen im Landkreis Ravensburg

Anträge gem. § 29 I 4 LKrO

- 3.2 0200/2017
Darstellung und Strategie des Verkehrsamtes aller Verkehrsbeziehungen im Landkreis Ravensburg - Antrag der ÖDP-Fraktion vom 10.12.2017
- 3.3 0201/2017
Schloss Achberg: Barrierefreiheit des Ausstellungs-, Veranstaltungs- und Lernorts - Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 13.12.2017
- 3.4 0202/2017
Biodiversitätsstrategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt im Landkreis - Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 10.12.2017
- 3.5 0203/2017
Entwicklung eines Modells für eine Ehrenamtskarte im Landkreis Ravensburg - Antrag der Fraktion Freie Wähler vom 15.12.2017

4. Mitteilungen und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

5. Mitteilungen und Anfragen

Die Mitglieder des Kreistages wurden am 05.12.2017 zu dieser Sitzung eingeladen.

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Schüler des Beruflichen Schulzentrums Wangen, die Auszubildenden des Landratsamtes Ravensburg sowie die Presse und stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

Außerdem fragt er, ob es Einwendungen gegen Bild- und Tonaufnahmen der anwesenden Presse gibt. Es werden keine Widersprüche vorgebracht.

Er bittet BM Röger um die Begrüßung in Waldburg.

BM Röger begrüßt die Kreisräte in Waldburg und informiert über die aktuellen Entwicklungen der Gemeinde.

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung

Der Vorsitzende verweist auf die fristgerecht erfolgte Erweiterung der Tagesordnung – siehe Änderungsblätter zur Tagesordnung (Aufnahme von TOP 3.1, 3.2, 3.3, 3.4 und 3.5.)

Darüber hinaus gibt es keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Zum Protokoll der Sitzung am 17.10.2017 gibt es keine Änderungswünsche.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Angelegenheiten der Finanzverwaltung

3. 0115/2017

Kreishaushalt und Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Immobilien, Krankenhäuser, Pflegeschule für das Jahr 2018

Herr Baur führt mit einer PowerPoint Präsentation in das Thema ein.

Die Fraktionsvorsitzenden Restle, Spieß, Pfluger, Bindig und S. Scharpf halten nacheinander die Haushaltsreden ihrer Fraktionen.

Anmerkung der Schriftführung:

Die Haushaltsreden wurden dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und SPD (Anlage 4 zu 0115/2017):

In den Kreishaushalt für das Jahr 2018 wird eine Budgeterhöhung ab 2018 für den Kreisjugendring Ravensburg in Höhe von 25.000 € aufgenommen.

Antrag der CDU-Fraktion (Anlage 4.1 zu 0115/2017):

In den Kreishaushalt für das Jahr 2018 wird eine Budgeterhöhung ab 2018 für den Kreisjugendring Ravensburg in Höhe von 25.000 € aufgenommen. Das Budget soll für Projekte in den Jugendverbänden und zur Umsetzung des „Zukunftsplan Jugend“ eingesetzt werden. Im Rechenschaftsbericht des Kreisjugendrings sollen in der Zukunft die Projekte, die mit diesen 25.000 € Erhöhung finanziert werden können, dargelegt werden.

KR Bürkle erklärt, die CDU unterstütze den gemeinsamen Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Allerdings möchte die CDU explizit die in der Vergangenheit getätigten Einsparungen im Bereich der Jugendarbeit mit einem Budget von 25.000 € korrigieren.

KRin Pfluger erklärt, der Kreisjugendring habe im Zuge der Haushaltskonsolidierung seit dem Jahr 2004 auf 12.000 € Zuschuss jährlich verzichtet. Eine Aufhebung der

Kürzung sei bis heute nicht erfolgt. Das Serviceangebot des Kreisjugendrings für Jugendverbände solle aber erhalten bleiben. Daher plädiere sie für eine Zustimmung zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD.

KR Spieß sieht in beiden Anträgen dieselbe Intention. Sinnvoll sei aber, die 25.000 € in den Kreishaushalt für das Jahr 2018 aufzunehmen und dem Jugendhilfeausschuss die Entscheidung über die Zweckbindung der Mittel zu überlassen. In dieser Form würde sich die Fraktion der FWV an einem Antrag beteiligen.

Der Vorsitzende fragt, ob es Einwände gegen den Vorschlag von Herrn Spieß gebe, beide Anträge als gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, FWV, Bündnis 90/Die Grünen und SPD in der von KR Spieß genannten Form zur Abstimmung zu stellen.

Es werden keine Widersprüche vorgebracht.

Gemeinsamer Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FWV und CDU:

1. In den Kreishaushalt für das Jahr 2018 wird eine Budgeterhöhung ab 2018 für den Kreisjugendring Ravensburg in Höhe von 25.000 € aufgenommen.
2. Über die Zweckbindung dieser Mittel wird im Jugendhilfeausschuss entschieden.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Antrag der FWV (Anlage 5 zu 0115/2017):

Es wird beantragt die Haushaltspositionen Instandhaltung Kreishaus I, Gestaltung Außenanlagen Kreishaus I und Beschilderung Kreishaus I sowie den Einbau des Bürgerbüros im Kreishaus I mit Sperrvermerk zu versehen.

Außerdem wird beantragt die Konzeption der Flächen und Standorte der Kreisverwaltung im ersten Halbjahr mit dem Kreistag zu diskutieren und baldmöglichst zum Abschluss zu bringen.

Die Kreisverwaltung wird beauftragt nicht nur die vorhandenen Standorte zu analysieren, sondern auch weitere konkret mögliche Standorte im Stadtgebiet Ravensburg hinsichtlich einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zur Bündelung der Kreisverwaltung an einem Standort zu untersuchen.

KR Spieß begründet den Antrag.

KR Restle bittet die Verwaltung um eine zeitnahe Erörterung, inwiefern es wirtschaftlich Sinn mache, in bestehende Gebäude zu investieren. Er schlägt vor, eine Arbeitsgruppe mit Mitarbeitern des Landratsamtes Ravensburg, Mitgliedern der Fraktionen und Vertretern der Stadt Ravensburg einzurichten. Er erklärt, die CDU werde dem Antrag der FWV nicht zustimmen.

KR Bindig bewertet einen Sperrvermerk als falsches Zeichen. Der Anlauf des Projektes werde erwartet, ein Sperrvermerk würde aber dazu führen, dass eine Eröffnung des Bürgerbüros über längere Zeit nicht möglich wäre.

KR S. Scharpf spricht sich dafür aus, bestehende Gebäude zu erhalten.

Herr Simon schildert die aktuelle Situation im Bürgerbüro. Ziel sei die Fusionierung des kundenintensiven Bereiches. Der Bürger solle eine abschließende Bearbeitung beim ersten Mitarbeiter erhalten und so nur von einer Person bedient werden. Die Raumsituation entspreche diesem Anspruch derzeit nicht. Der Umbau solle so früh wie möglich umgesetzt werden. Eine Alternative sehe man für die nächsten Jahre nicht.

Herr Baur teilt mit, dass die akute Personalknappheit bei IKP dazu führe, dass laufende Projekte priorisiert werden müssten und das Standort- und Flächenkonzept daher vorerst zurückgestellt werden musste. Bis zum Sommer werde man aber aktuelle Ergebnisse vorstellen.

KR Spieß erläutert, dass der im Antrag vorgeschlagene Sperrvermerk im Laufe des Jahres 2018 wieder aufgehoben werden könne, sollten Ergebnisse der Verwaltung vorliegen.

Beratungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Antrag der SPD (Anlage 6 zu 0115/2017):

Die im Haushaltsplan vorgesehenen Haushaltsmittel für das Planungsteam Bodensee-Oberschwaben im konsumtiven Bereich (Sachkonto 43150000) und investiven Bereich (Sachkonto 78520000) werden mit einem Sperrvermerk versehen. Eine Freigabe kann

nach Beratung im AUT und federführend im VA erfolgen.

KR Bindig begründet den Antrag.

KR A. Müller erklärt, die Sachlage habe sich seit der Entscheidung am 23.11.2017 lediglich insoweit geändert, als das Land Baden-Württemberg die erwartete Priorisierungsliste nicht veröffentlicht habe. Daher sei es mehr als sinnvoll, wie geplant weiter zu verfahren.

Beratungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Antrag der SPD (Anlage 7 zu 0115/2017):

1. Der Landkreis Ravensburg soll als Akteur und mit dem Einsatz von Mitteln im Bereich des sozialen Wohnungsbaus tätig werden.
2. Für diesen Zweck werden im Haushalt 2018 ein Plansatz von 1.000 000 € eingestellt und für die Jahre 2019 ff –2027 weitere 9.000.000 €.
3. Die Mittel werden mit einem Sperrvermerk versehen zur Freigabe nach Beratungen im Sozialausschuss und federführend im Verwaltungsausschuss

KR Bindig begründet den Antrag.

KR Restle stimmt zu, dass Wohnungen, vor allem auch im Bereich des sozialen Wohnungsbaus, benötigt werden. Allerdings sollte dieses Thema intensiv im zuständigen Ausschuss vorbereitet werden, bevor der Kreistag eine Entscheidung trifft. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt Geld in den Haushalt für das Jahr 2018 einzustellen, sei verfrüht.

KR Spieß kann sich eine getrennte Abstimmung über die Nr. 1 des Beschlussentwurfes vorstellen.

KR Spangenberg vertritt die Auffassung, dass man den sozialen Wohnungsbau in der Vergangenheit sträflich vernachlässigt habe und nun tätig werden müsse. In anderen Bereichen gebe man Millionen Euro für Aufgaben aus, für die eigentlich das Land zuständig sei. Er fordert die Fraktionen dazu auf, beim Thema sozialer Wohnungsbau „an einem Strang zu ziehen“.

KR Bindig schlägt vor, über die Nr. 1 des Beschlusssentwurfes getrennt und über die Nr. 2 und 3 gemeinsam abzustimmen.

Der Vorsitzende fragt, ob es Einwendungen zum Vorschlag von KR Bindig gibt.

Es werden keine Widersprüche vorgebracht.

Es wird getrennt über die Nr. 1 und gemeinsam über die Nr. 2 und 3 abgestimmt.

Beratungsergebnis zu Nr. 1: mehrheitlich beschlossen

Beratungsergebnis zu Nr. 2 und 3: mehrheitlich abgelehnt

Antrag der SPD (Anlage 8 zu 0115/2017):

1. In den Asylunterkünften des Landkreises werden Zugangsmöglichkeiten zur WLAN-Nutzung geschaffen.
2. Die Mittel dazu werden aus den allgemeinen Rücklagen entnommen. Wenn dies nach Ansicht des Kämmerers nicht möglich ist, werden dazu 10.000 € im Haushalt eingestellt.

KR Bindig begründet den Antrag.

Frau Meschenmoser hält es grundsätzlich für wichtig, Hartz IV-Empfänger und Flüchtlinge als Leistungsbezieher des Landkreises Ravensburg gleich zu behandeln.

KR Moll stimmt dem zu.

Beratungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlusssentwurf der Vorlage 0115/2017 in der Fassung der soeben erfolgten Änderungsbeschlüsse:

Der Haushaltsplan und die Haushaltssatzung der Kernverwaltung sowie der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Immobilien, Krankenhäuser, Pflegeschule

für das Jahr 2018 werden verabschiedet.

Beratungsergebnis: mehrheitlich **modifiziert** beschlossen

Angelegenheiten des Amtes für Kreisschulen

3.1. 0175/2017

Regionale Schulentwicklung - Neuordnung des Ausbildungsangebotes an den beruflichen Schulen im Landkreis Ravensburg

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Renner vom Regierungspräsidium Tübingen, Herrn Greiner, Schulleiter der Edith-Stein-Schule Ravensburg und die anwesenden Zuhörer. Er weist darauf hin, dass die Behandlung des TOP in der heutigen Sitzung Raum für öffentliche Diskussionen und Fragen an die Verantwortlichen bieten solle. Eine Entscheidung werde dagegen heute nicht getroffen.

Herr Baur führt mit einer PowerPoint Präsentation in das Thema ein.

KR Spangenberg ist der Auffassung, die Verwaltung habe sich der nicht ganz einfachen Thematik verantwortungsvoll angenommen. Er gehe davon aus, dass sich alle Gesprächspartner ernsthaft und ohne „Lokalpatriotismus“ an der bisherigen Diskussion beteiligt hätten, auch wenn er dies zeitweise anders empfunden hätte. Es habe bisher an der richtigen Kommunikation gemangelt. Die beiden großen Fraktionen des Kreistages sollten anerkennen, dass nichtöffentliche Vorberatungen Unmut in der Bevölkerung schaffen würden. Der von der Verwaltung vorgesehene Beratungszeitplan sei nicht angemessen.

KR M. Lang dankt dem Vorsitzenden für die kurzfristige Aufnahme des TOP auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung. Damit würde eine öffentliche Meinungsbildung ermöglicht. Bei der Diskussion im Frühjahr 2017 wären zwei Kleinklassen thematisiert worden. Die heutige Diskussion sei eine völlig andere. Es gebe keine Verpflichtung für die Neustrukturierung der Schulen. Er kenne keinen anderen Schulträger, der freiwillig funktionierende Klassen auflöse. Es sei nun wichtig sich die notwendige Zeit für die Entscheidungsfindung zu nehmen und nicht bereits in der Sitzung des Kreistags am 25.01.2017 zu entscheiden. Die Diskussion führe in die falsche Richtung. Vielmehr sollte man sich überlegen, wie möglichst attraktive Schulstandorte

geschaffen werden könnten. Im Allgäu gebe es keine Studienangebote, weshalb starke Ausbildungsangebote wichtig seien.

KR G. Lang sieht die Lösung der Thematik nur im Gesamtkontext. Bereits im Jahr 2013 sei durch die Fusion der Kaufmännischen Schule und der Friedrich-Schiedel-Schule ein Schulentwicklungsprozess in Wangen eingeleitet worden. Je nachdem welche Schwerpunkte man setze, bevorzuge die Bewertungsmatrix eine andere Variante. Bei dieser Abwägung der Gewichtung der einzelnen Faktoren solle man sich Zeit lassen. Die Möglichkeit der Schulbesichtigungen sei wichtig, um sich einen gemeinsamen Eindruck zu verschaffen. Er wünsche sich, dass bei den Besuchen auch Vertreter der Schüler, Eltern und Lehrer anwesend seien. Die Entscheidung über die Vorlage solle auf die Kreistagssitzung am 22. März 2018 vertagt werden. Des Weiteren stellt er folgende Fragen:

1. Ist es sinnvoll nochmals etwas an der Struktur des Beruflichen Schulzentrums Wangen zu ändern, bevor Ergebnisse der Fusion aus dem Jahr 2013 vorliegen?
2. Ist die Dimension der Investitionen für die verschiedenen Varianten bereits bekannt?
3. Welches Ausmaß an Mobilität soll Schülern zugemutet werden und wie soll der ÖPNV in die Planung einbezogen werden?
4. Warum werden Kleinklassen in der Vorlage an der Zahl 20 gemessen und nicht an der Zahl 16, wie vom Kultusministerium angenommen?
5. Wie viele Hinweisverfahren werden aktuell für das kommende Schuljahr im Landkreis Ravensburg erwartet?

KR S. Scharpf empfindet das Vorgehen der Verwaltung als nicht nachvollziehbar. Es sei aus ökologischer Sicht nicht sinnvoll, die Schulstandorte zu zentralisieren. Dies führe dazu, dass noch mehr Menschen auf den Straßen unterwegs seien.

KR Buschle schlägt vor, das erste Lehrjahr an den bisherigen Schulstandorten zu belassen.

Herr Baur teilt mit, er werde die Fragen von KR G. Lang schriftlich beantworten. Weiterhin erklärt er, dass ein proaktives Vorgehen die Erfolgsstrategie des Landkreises Ravensburg sei. Die eigentliche Herausforderung wäre die Modernisierung der Schulen. Es gebe derzeit einen hohen finanziellen Druck, der die Sanierung der Schulen

betreffe. Hier solle nun nachhaltig gehandelt werden. Eine Eins-zu-eins-Investition in die bestehende Infrastruktur könnte Fehlinvestitionen bedeuten.

Herr Renner erklärt, das Schulgesetz Baden-Württemberg sehe den Schulträger in der Rolle des Verantwortlichen. Erst wenn dieser seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, werde das Regierungspräsidium tätig. Den Schulträgern wurde die Aufgabe gegeben, die Konzentration von Bildungsangeboten in einer Raumschaft durchzuführen. Diese Verdichtungen werden seitens des Kultusministeriums erwartet. Wie diese gestaltet werde, liege in der Hand des Kreistages. Er unterstütze das Vorgehen der Verwaltung. Für den Landkreis Ravensburg würden im Januar 2018 ca. zehn Hinweisschreiben aufgrund von Kleinklassen versandt.

Herr Greiner teilt mit, dass zu der Thematik bereits eine kontroverse Diskussion unter den Schulleitern stattgefunden habe. Er habe die Bitte, die Entscheidung nicht mehr allzu lange aufzuschieben, da diese für eine verlässliche Planung von großer Bedeutung sei.

KR Henle bedankt sich bei Herrn Baur für seine Erläuterungen zu den im Rahmen der Sanierung der Schulgebäude zu treffenden Investitionen. Es sei vorbildlich, wie die Konsensbemühungen seitens der Verwaltung angegangen worden wären. Bereits im Jahr 2012 habe Herr Renner auf die Problematik hingewiesen. Eine Entscheidung sei nötig, ansonsten könne es passieren, dass der Landkreis Ravensburg Ausbildungsberufe gänzlich verliere. „Kirchturmpolitik“ sei deshalb nicht angebracht. Vielmehr müssten für den gesamten Landkreis zukunftssträchtige Lösungen gefunden werden.

KR Zintl betont, dass der Kreistag über die Schulstruktur eines gesamten Kreises entscheiden müsse und nicht lediglich einer einzelnen Stadt. Es gehe hier um Investitionen in Höhe von rund 300 Mio. €. Diese seien vergleichbar mit der Größenordnung der Umstrukturierung des St. Elisabethen Klinikums in Ravensburg. Schon deshalb müsse eine Entscheidung getroffen werden, die leistungsstarke Schulstandorte ermögliche. Er bewertet die Vorlage als sehr gut und dankt der Verwaltung.

KR Forderer sieht Handlungsbedarf. Die duale Ausbildung sei ebenso wichtig wie die schulische Ausbildung. Eine Entscheidung sollte nicht aufgeschoben werden. Überlegenswert wäre, ob die Verbindungen des ÖPNV in die Entscheidung mit eingebunden werden sollten.

KR Sing sieht die Diskussion auch vor dem Hintergrund der voranschreitenden Digitalisierung. Man solle progressiv vorgehen und zeitnah eine Entscheidung treffen.

KR Aicher möchte die Debatte versachlichen. Der ÖPNV sollte im Rahmen der verschiedenen Varianten mit dargestellt werden. Er halte eine Entscheidung im Kreistag am 22. März 2017 für sinnvoll.

Herr Baur erklärt, es sei unmöglich die Verbindungen im ÖPNV für jeden Ausbildungsgang darzustellen. In der Regel wählten Schüler aber ihre Ausbildungen nach dem Ausbildungsbetrieb und nicht nach der Schule.

KRin Müller schlägt vor, zunächst die Besichtigungen der Schulen durchzuführen und eine Entscheidung dann im Kreistag am 22. März 2017 zu treffen.

Herr Renner erklärt, dass das dritte Hinweisschreiben entscheidend sei. Je früher der Schulträger selbst tätig werde, desto besser. Eine spätere Entscheidung in der Sitzung des Kreistags am 22. März 2017 würde dazu führen, dass die Umsetzung des Konzeptes für das Schuljahr 2018/2019 aufgrund der Anmeldefristen nur schwer umsetzbar wäre. Er verstehe die Problematik des Beruflichen Schulzentrums Wangen. Allerdings hätten die K-Varianten Vorteile, von denen der gesamte Landkreis profitiere.

Herr Baur erklärt, dass die Nr. 3 des Beschlussvorschlags einer weitergehenden, sehr intensiven Prüfung bedürfe.

Herr Greiner sieht in der Bündelung von Ausbildungsgängen ein qualitativ höheres Angebot.

Der Vorsitzende erläutert, dass der Zeitplan der Verwaltung einen Beitrag zur Klarheit für die Schulen vor Anmeldeschluss liefern solle. Deshalb wurde die Entscheidung auf den 25. Januar 2017 im Kreistag terminiert. Bis dahin sei Raum für die öffentliche Diskussion und Beratungen in den Fraktionen. Der Termin der Vorberatung im Kultur- und Schulausschuss liege zwischen den Besichtigungsterminen der Schulen, es solle aber geprüft werden, ob ein Termin nach Abschluss der Besichtigungen möglich sei. Derzeit gelte aber der auf der Vorlage aufgedruckte Beratungsfahrplan. Er dankt Herrn Baur, Herrn Renner und Herrn Greiner.

Beschlussentwurf:

1. Dem Variantenmodell K2 wird zugestimmt und die Verwaltung wird beauftragt, das Modell in das förmliche Verfahren nach der Verordnung zur Regionalen Schulentwicklung zu überführen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, nach der Entscheidung durch die Schulbehörde über das Ergebnis zu berichten und mit der Umsetzung zum Start des Schuljahres 2018/19 zu beginnen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Konzentration der Edith-Stein-Schule Ravensburg mit Außenstelle Aulendorf an einem Standort näher zu prüfen.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Anträge gem. § 29 I 4 LKrO

3.2. 0200/2017

Darstellung und Strategie des Verkehrsamtes aller Verkehrsbeziehungen im Landkreis Ravensburg - Antrag der ÖDP-Fraktion vom 10.12.2017

Antrag zur Geschäftsordnung von KR Prof. Dr. Dieing und KR Clément:

Der Antrag wird zur weiteren Bearbeitung in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

3.3. 0201/2017

Schloss Achberg: Barrierefreiheit des Ausstellungs-, Veranstaltungs- und Lernorts - Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 13.12.2017

Antrag zur Geschäftsordnung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (im Antrag enthalten):

Der Antrag wird zur weiteren Bearbeitung in den Kultur- und Schulausschuss verwiesen.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

3.4. 0202/2017

Biodiversitätsstrategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt im Landkreis - Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 10.12.2017

Antrag zur Geschäftsordnung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (im Antrag enthalten):

Der Antrag wird zur weiteren Bearbeitung in den Kultur- und Schulausschuss verwiesen.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

3.5. 0203/2017

Entwicklung eines Modells für eine Ehrenamtskarte im Landkreis Ravensburg - Antrag der Fraktion Freie Wähler vom 15.12.2017

Antrag zur Geschäftsordnung der Fraktion FWV (im Antrag enthalten):

Der Antrag wird zur weiteren Bearbeitung in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

4. **Mitteilungen und Anfragen**

KR Weinschenk bedankt sich für die Zusammenarbeit im Jahr 2017 und blickt auf die Herausforderungen des kommenden Jahres 2018.

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

Schriftführerin

Selina Nußbaumer

Kreisräte

Volker Restle

Oliver Spieß